

**NICOLAE VĂCĂROIU**  
**PRÄSIDENT DES SENATS VON RUMÄNIEN**

*! Es gilt das gesprochene Wort*

**Die VIII. Tagung der Vereinigung der Senate Europas  
- 21. April 2006, Bern**

***Beitrag der Senate zu bürgernaher Politik***

Sehr geehrter Herr Präsident!  
Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Es ist für mich ein besonderes Vergnügen Ihnen einen Gruss seitens der Mitglieder des Senates von Rumänien zu senden und mich bei den Gastgebern für die Gastfreundschaft und Organisation dieser Tagung sehr herzlich zu bedanken.

Gleichzeitig möchte ich die Veranstalter für die Initiative in Rahmen dieser Tagung ein sehr aktuelles Thema für das politische Leben unseres Kontinenten zu besprechen beglückwünschen. Die Erörterung über den Beitrag der Senate zu bürgernaher Politik stellt in der Tat eine besondere Relevanz dar, auch für das Funktionieren des Zweikammersystems in Rumänien aus dem Blickwinkel unseres zukünftigen Beitritts zur EU betrachtet.

Die Parlamente als Ausdruck des Willens der Völker befinden sich im Mittelpunkt der politischen Debatten. Trotz dieser sind deren Tätigkeit und Arbeit zum größten Teil den Bürgern wenig oder nicht so gut bekannt, obwohl die Debatten einen öffentlichen Charakter haben. Man spürt immer mehr die Notwendigkeit die repräsentative Demokratie durch die Anwesenheit der Zivilgesellschaft, der Bürger zu verstärken, die – gemäß des neuen Konzeptes der „guten Regierung“ – zu Entscheidungen im politischen, wirtschaftlichen und sozialen Bereich beitragen sollen. Das Mitwirken der Bürger in der Überwachung oder sogar in der Druckausübung auf die staatlichen Institutionen gehört zu den Bedingungen, dass die „Demokratie funktioniert“.

Ausserdem ist die Problematik der bürgernahen politischen Entscheidungen immer stärker auf der europäischen Tagesordnung anwesend. Nicht nur ein Mal hat die Öffentlichkeit die Existenz eines Demokratiedefizites in der Tätigkeit der EU-Institutionen festgestellt, indem die Bürger das Gefühl eines schwachen Einflusses auf

deren politischen Entscheidungen hatten. Sie fordern, dass die Union weniger bürokratisch, transparenter und bürger- und interessennah sein soll.

Selbst die Berufung "des Konvents zur Zukunft Europas" ist von einem Ehebruch zwischen den traditionellen Institutionen und den Bürgern, die sich nicht in den komplexen Debatten über die Zukunft der Union oder in deren alltäglichen Beschäftigungen wiederfinden, ausgegangen. Die Tätigkeit des Konvents erlaubte in einer gewissen Weise eine direktere Teilnahme der Vertretern der Bürger bei der Ausarbeitung der Europäischen Verfassung, die sie für den Durchschnittsbürger durchsichtiger gemacht haben. Darüber hinaus erlaubt der Verfassungsentwurf unmittelbar oder durch Vertretern, eine höhere Bürgerteilnahme bei dem Funktionieren der Union.

Jenseits der Verstärkung der Rolle des Europäischen Parlaments scheint es mir wichtig die Bedeutung der nationalen Parlamente in der europäischen Architektur zu betonen, was tatsächlich dazu beiträgt die Bedeutung der Bürgerrolle zu erhöhen und die Bürger an den Entscheidungsakt näher zu bringen. Die Verfassung beauftragt die Nationalparlamente mit einer neuen Mission und zwar die Überwachung der Einhaltung des Subsidiaritätsprinzip. Das Protokoll hinsichtlich der Anwendung des Subsidiaritäts- und Proportionalitätsprinzip legt fest, dass ein Nationalparlament oder jeder seiner Kammern innerhalb von 6 Monaten ab das Einreichdatum eines europäischen Gesetzentwurfs dem Europäischen Parlamentspräsidenten, dem Rat und der Kommission einen motivierten Bescheid vorlegen kann, in dem er die Gründe anhang denen er der Meinung ist, dass der Entwurf nicht dem Subsidiaritätsprinzip gemäss ist nennt. Hinzu kommt noch, dass in dem Verfassungsentwurf betont wird, dass die Entscheidungen in der Union „so offen und nah an den Bürger getroffen sein sollten“.

Die Festlegung eines konstruktiven Dialogs zwischen den fundamentalen Staatsinstitutionen, einschliesslich des Senats, und den Bürgern ist lebenswichtig für die Verstärkung der Demokratie in Rumänien. Das neue rumänische Grundgesetz abgeändert im Jahre 2003 und durch eine nationale Volksabstimmung verabschiedet – ausgearbeitet in Folge einiger umfangreichen Beratungen zwischen allen politischen Parteien und mit der aktiven Teilnahme der Bürger – sieht vor, dass „in der Mandatsausübung, die Abgeordneten und die Senatoren im Dienste des Volkes sind“. Dafür muss der Senat die Interessen der Bürger kennen, sie zu Rate ziehen und sie in verschiedenen Formen an der Vollendung des Gesetzgebungsakt beteiligen.

In der Verfassung sind die Hauptaktionsmöglichkeiten der Bürger und der Zivilgesellschaft für die Förderung der fundamentalen Rechte und Freiheiten vorgeschrieben. Gesetzgebungsinitiative, Petitionsrecht, das Recht an den Parlamentssitzungen teilzunehmen können hier erwähnt werden.

Die Beziehung zwischen Parlament und Bürgern kann erstens als eine direkte Beziehung, aber auch aus dem Gesichtspunkt der Auswirkung, die die Beziehungen des Parlaments mit der Regierung und anderen Strukturen der öffentlichen Verwaltung

durch die Funktion des parlamentarischen Kontrolle auf diese Beziehung haben, analysiert werden.

Obwohl der Parlamentarier unabhängig in der Ausübung seines Mandates ist, ist die Ausübung des Parlamentariermandates unauflösbar mit den Realitäten aus dem Wahlbezirken, mit der Kontakterstellung mit verschiedenen sozio-gewerbsmäßige Kategorien verbunden. All diese geben die Möglichkeit diejenigen wirklich effizienten Maßnahmen, die den Anforderungen und Erfordernissen, die die Wähler zu einem bestimmten Zeitpunkt ausdrücken, entsprechen zu treffen.

Die Senatsordnung stellt einen angemessenen Rahmen für die Durchführung einer guten Interaktion zwischen den Parlamentariern und Bürgern dar. In diesem Sinne, müssen erstens die Kontakte mit den Vertretern des Wirtschafts- und Sozialbereichs, der Gewerkschaften, der Studenten und der verschiedenen Nichtregierungsorganismen angeführt werden. All diese profitieren von das Recht auf Audienz seitens der Senatsleitung und die Denkschriften, Dokumente oder deren Vorschläge werden zwecks deren Besprechungen an die zuständigen Ausschüsse weitergeleitet.

Zweitens, was die ständigen Ausschüsse betrifft, sind bei den Sitzungen Vertretern einiger sozialen Organismen eingeladen, deren Vorschläge besprochen und im Betracht gezogen werden um einige für mache Gesetzentwürfe oder deren Abänderungen unerlässliche Zusammenarbeitsmöglichkeiten festzulegen.

Drittens, wenn man die Rolle des Parlamentes als oberste gesetzgebende Behörde im Betracht zieht, muss man betonen , dass insbesondere in den letzten Jahren die Behörden Maßnahmen mit positivem Charakter getroffen und ein immer stärkeres Interesse für einen operationellen gesetzlichen Rahmen im Nichtregierungsbereich gezeigt haben. In diesem Sinne hat das Parlament das Gesetz für den freien Zugang zur Informationen für öffentliches Interesse oder das Gesetz bezüglich der Transparenz des Entscheidungsprozesses erlassen. Darüber hinaus, obwohl in unserem Land noch keine gesetzlichen Bestimmungen hinsichtlich der Lobby-Tätigkeit gibt, sind und waren die Forderungen verschiedener sozialen Kategorien, die Interesse haben, dass einige Bestimmungen sich in den Normativakten widerspiegeln, konstant im Betracht gezogen.

Die Beziehungen zwischen dem Parlament und der Zivilgesellschaft aus dem Standpunkt der Beziehungen der zwei Kammern mit der Regierung und den anderen Institutionen der öffentlichen Verwaltung aus, werden gemäß der Verfassung durch die Kontrollaktivität über die Tätigkeiten derjenigen Institutionen, durchgeführt durch die **Informierung des Parlaments** materialisiert. Die Regierung ist verpflichtet die von den zwei Kammern verlangten Informationen und Dokumenten vorzustellen und die Teilnahme seiner Mitglieder an den Sitzungen ist obligatorisch, wenn deren Anwesenheit verlangt wird. Durch **Fragen, Interpellationen und einfache Gesuche** ist die Regierung verpflichtet die von Parlamentariern formulierten Interpellationen und Fragen zu beantworten. Das Parlament kann auch ein einfaches Gesuch

verabschieden in dem er seine Position bezüglich eines internen oder auswärtigen politischen Problems, oder je nach Fall, bezüglich eines Problems was der Gegenstand einer Interpellation war, erörtern.

Zugleich, ist die Senat-Bürger Beziehung von Folgendes gesichert:

- **das Öffentlichkeitsbüro** hat als Hauptpflichten die Senatsbeziehungen mit den Bürgern oder verschiedenen Vereinen oder deren Organisationen zu sichern, Petitionen oder andere an dem Senat gerichtete Dokumente entgegenzunehmen, diese Dokumente an den Ausschuss für Missbrauchuntersuchung, an die ständigen Ausschüsse oder an die Senatoren einzureichen und die Bittsteller über die Petitionslösung zu informieren, die Bürger bezüglich des Gesetzgebungsprozess zu informieren oder den Bürgern Daten und Informationen bezüglich der Senatsinstitution zu geben. Sie vermittelt und unterstützt den Zugang der Antragsteller zu den Senatsabteilungsleitungen, Ausschüssen oder Senatoren. Das Büro organisiert den Zugang, individuell oder in der Gruppe, der rumänischen Staatsbürger und Ausländer zu den Plenumdebatten oder zum Besuch des Senatsitzes.

- **die Abteilung für Presse und Senatsimage** stellt täglich die Website der Abteilung für Presse und Image zusammen, so dass der Öffentlichkeit und den Medien alle öffentlichen Informationen bezüglich alltäglichen Senatstätigkeiten, der Tagesordnung der Senatsleitungstrukturen, der Sitzungstageordnung der ständigen Ausschüsse und des Plenums, der Stellungnahmen zu in verschiedenen Medien erschienenen Artikeln zur Verfügung gestellt werden. Sie organisiert die Kontakte mit den Medien und die Pressekonferenzen der Mitglieder des Ständigen Büros, der ständigen Ausschüsse, der parlamentarischen Fraktionen, der allen Senatsmitglieder, sowohl auch diejenigen des Generalsekretärs, nimmt bei Organisation von internationalen Tagungen, nationalen Symposiums, aber auch von Sendungen mit Parlamentsthematik teil.

Die Informatikabteilung der parlamentarischen Tätigkeiten hat ein IT-System für die parlamentarische Tätigkeit (beruhend auf die Internet/Intranet-Technologie) zwecks eines Informationsverkehrs innerhalb und ausserhalb der Organisation aufgebaut, so dass die Korrektheit und Transparenz der Information gesichert ist. Die Website des Senats sichert einen direkten, schnellen und leichten Zugang der Bürger zu dem politischen Prozess, den verschiedenen Phasen die ein Gesetzentwurf innerhalb der Debatten in Ausschüssen und Plenum durchlaufen muss. Informationen über den Stadium und die Geschichte der Gesetzgebungsprojekten können von den Bürgern und den Medien die so einen zusätzlichen Informations- und Kommunikationskanal via E-mail zur Verfügung haben, nachgeschlagen werden: die Stenogramme der Senatsplenumsitzungen, Gesetzgebungsdokumente die den Gesetzgebungsinitiativen zugeordnet sind, das Management der Fragen und Interpellationen. Die Bürger haben so die Möglichkeit eine Petition einzureichen und deren Lösungsprozess von den ersten Besprechungen bezüglich der in dem zuständigen Ausschuss hervorgehobenen Problemen bis zum Enderbericht zu verfolgen.

Es ist offensichtlich, dass die Zukunft der repräsentativen Demokratie und sogar das Ansehen des Senats auf der Kapazität der Parlamente direktere Kommunikationsformen mit dem Publikum zu befördern beruht. Die Modernisierung der parlamentarischen Kommunikationspolitik muss insbesondere durch kreative und offensive Aktionen die von den zuständigen Senatsstrukturen und aus der Initiative der Parlamentarier durchgeführt werden, verwirklicht werden. Die Parlamentarier können durch regelmäßige Treffen mit den Wählern die Kommunikationsproblemen aus der ersten Quelle erfahren und Lösungen vorschlagen.

Ich bin davon überzeugt, dass das 21. Jahrhundert, das Jahrhundert des wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt, aber auch der Integration und Globalisierung zu einer Neubewertung des Status der Zivilgesellschaft, zu einer Wiederschätzung deren Bedeutung und Rolle, zu einem aktiveren Mitwirken der Bürger im politischen Leben, in nationalen und internationalen Entscheidungsprozessen führen wird.

Zum Schluss, möchte ich im Namen des Senats von Rumänien Sie noch ein Mal daran erinnern, dass 2007 die Tagung der Vereinigung der Senate Europas in Bukarest abgehalten wird und ich versichere Sie, dass wir von Ihrer Teilnahme sehr geehrt sein werden.

Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit!